

Considerando non reggere di conseguenza in punto ai figli minorenni della Catterina Fontana l'argomento che essa vorrebbe dedotto dall'articolo 22 del Codice civile ticinese;

Visto — per riguardo ai due figli maggiorenni, Giuseppe e Rocco — che i medesimi non hanno punto dimostrato di essere cittadini svizzeri e figli naturali della Fontana, e che non figura d'altronde in atti alcun documento che ne certifichi la nascita e l'iscrizione ai registri di Stato civile;

Ritenuto non potersi dunque fare appello, nel presente stato di causa, all' art. 44 della Costituzione federale, non tendendo il Decreto, contro cui si recrimina, a dichiarare « decaduti dal loro diritto d'origine o di attinenza dei cittadini svizzeri, » ma semplicemente a non riconoscere come tali dei figli illegittimi di genitore conosciuto e suddito d'altro Stato;

Ritenuto che il Decreto stesso non impedisce del resto i reclamanti dal sollevare dinanzi alle competenti autorità di quel Cantone la questione di loro stato civile,

Il Tribunale federale  
pronuncia :

È respinta l'istanza formulata come sopra — per sé e figli — dalla Catterina Fontana contro il Decreto 31 Ottobre 1877 del Consiglio di Stato del Cantone Ticino.

#### IV. Gerichtsstand. — Du for.

1. Gerichtsstand des Wohnortes. — For du domicile.

63. Urtheil vom 17. Juli 1878 in Sachen  
Locher und Comp.

A. Die Brüder Friedrich und Eduard Locher betreiben unter der Firma „Locher und Comp.“ ein Baugeschäft in Zürich, von wo aus sie auch Bauten in andern Kantonen ausführen. Im Jahr 1875 übernahmen sie einen Theil der Eisenbahnbauten in

Wettingen, Kanton Aargau, und wurden deshalb im Jahr 1876 von genannter Gemeinde mit einer Steuer von 875 Fr. belegt. Sie wandten sich an den Steuervorstand von Zürich mit der Anfrage, ob ihnen mit Rücksicht auf diese Steuerauslage ein Nachlaß an der in Zürich zu entrichtenden Einkommenssteuer bewilligt werde, und da die Antwort verneinend ausfiel, so weigerten sie sich die Steuer an die Gemeinde Wettingen zu bezahlen. Am 15. September 1877 erhielten sie deshalb vom Bezirksamte Baden einen Vollstreckungsbefehl für 1312 Fr. 50 Cts., nämlich 875 Fr. für das Jahr 1876 und 437 Fr. 50 Cts. für ein halbes Jahr 1877, wogegen die Brüder Locher bei der aargauischen Justizdirektion Beschwerde führten, indem sie behaupteten, daß sie für diese Steueransprüche, als einer persönlichen Forderung, nur an ihrem Domizile, in Zürich, belangt werden können. Die Justizdirektion wies die Beschwerde ab und der an den Regierungsrath ergriffene Rekurs blieb ebenfalls ohne Erfolg; denn der Regierungsrath verwarf denselben durch Beschluß vom 16. November 1877, gestützt darauf, daß die Steuer nach dem Gesetze über den Bezug der Gemeindesteuern begründet sei und daher auch § 47 dieses Gesetzes zur Anwendung komme, wonach zuerst Zahlung geleistet werden müsse, bevor ein Entscheid über die Hauptfrage der Steuerpflicht bei dem kompetenten Richter provoziert werden könne.

B. Über diesen Beschluß beschwerten sich Locher und Comp. beim Bundesgerichte. Sie stellten das Gesuch, daß die Vollstreckung für die 1312 Fr. 50 Cts. Gemeindesteuer der Gemeinde Wettingen als ungültig aufgehoben werde, und führten zu dessen Begründung an: Sie lassen die Frage, ob und inwieweit sie in Folge ihrer Bauten in Wettingen daselbst steuerpflichtig seien, ganz bei Seite und sagen lediglich, die angeordnete Exekution stehe im Widerspruch mit Art. 59 der Bundesverfassung. Die betreffende Steuer sei eine Erwerbssteuer und gehöre deshalb zweifellos zu den persönlichen Ansprüchen. Ihr, der Rekurrenten, Wohnort sei Zürich und da sie aufrecht stehen, so können sie nur in Zürich belangt werden. Wenn die aargauische Regierung den dortigen Behörden das Recht vindiziere, in einem andern Kanton domizilirte Personen für eine vorläufige Bezahlung der

Steuer im Kanton Aargau belangen zu dürfen, so gestatte Art. 59 der Bundesverfassung überhaupt nicht, daß gegen solche Personen Vollstreckung und Geldstag angeordnet werde, gleichgültig, ob damit eine definitive oder provisorische Zahlung bezweckt werde.

C. Der Regierungsrath des Kantons Aargau und der Gemeinderath Wettingen trugen auf Abweisung der Beschwerde an, im Wesentlichen unter folgender Begründung: Der Wohnsitz der Rekurrenten in Zürich schliesse nicht aus, daß dieselben auch einen Wohnsitz in Wettingen haben. Um die übernommenen zwei Brücken in Wettingen auszuführen, haben Rekurrenten daselbst im Jahr 1875 ein ständiges Baubüreau etablirt, von wo aus die betreffenden Arbeiten geleitet worden seien; ebenso haben sie daselbst Baracken errichtet und sogar eine Wirthschaftskonzession erworben, ferner mechanische Werkstätten, Schmiedgebäude u. c. erstellt. Wenn nun diese Verhältnisse die Steuerberechtigung der Gemeinde Wettingen den Rekurrenten gegenüber begründe, so komme noch dazu, daß letztere auch die dortigen Straßen in ausgedehnter Weise zu benutzen im Falle gewesen seien und dadurch der Gemeinde Wettingen ganz bedeutende Auslagen verursacht haben. Mit Rücksicht hierauf haben Rekurrenten auch die Steuerpflicht mit dem Vorbehalt anerkannt, daß sie nicht doppelt besteuert werden.

Wenn nun Locher und Comp. sich gegenwärtig darauf stützen, daß sie ihr Domizil nicht in Wettingen gehabt, weil sie dort keine Heimatschriften deponirt und weder eine Niederlassungs- noch eine Aufenthaltsbewilligung erwirkt haben, so könne auf diesen Einwand schon deshalb kein Gewicht gelegt werden, weil derselbe auf einer rechtswidrigen Unterlassung der Rekurrenten fuße; denn offenbar wären dieselben verpflichtet gewesen (§§ 2, 4 und 6 des Gesetzes vom 7. Mai 1846) sich die für Kantonsfremde, welche im Kanton ein Gewerbe auf eigene Rechnung betreiben wollen, erforderliche obrigkeitliche Bewilligung zu verschaffen. Allein auch abgesehen hiervon sei der Gemeinderath Wettingen nach §§ 30 und 33 des Gemeindesteuergesetzes berechtigt gewesen, die Rekurrenten zu besteuern, und haben sich daher letztere allen Bestimmungen und Consequenzen des aargauischen Steuergesetzes zu unterziehen. Dazu gehöre auch der oben citirte Art. 47 leg. cit.

Offenbar sei der Charakter dieser Vorschrift ein bloß vorsorglicher, es solle dadurch der Steuerbezug gesichert, der Entscheid in der Hauptsache aber dem kompetenten Richter nicht entzogen sein.

D. Aus einem Zeugnisse des Oberingenieurs der Nordostbahn geht hervor, daß Mitte September 1877 die Arbeiten der Rekurrenten auf dem I. Loos der Eisenbahnlinie Baden-Niederglatt beendigt waren.

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

1. Es handelt sich im vorliegenden Falle nicht um die Frage, ob Rekurrenten pflichtig seien, an die Gemeinde Wettingen die von derselben verlangte Steuer zu bezahlen, sondern einzig darum, ob Erstere sich die im Kanton Aargau gegen sie angeordnete Vollstreckung gefallen lassen müssen, oder ob sie berechtigt seien, zu verlangen, daß sie an ihrem ordentlichen Wohnsitze in Zürich gesucht werden.

2. Daß Einkommenssteuerforderungen zu den persönlichen Forderungen gehören, auf welche Art. 59 der Bundesverfassung Anwendung findet, ist von den Bundesbehörden schon wiederholt ausgesprochen und von den Rekurrenten auch nicht bestritten worden. Ebenso steht fest, daß Rekurrenten aufrechtstehend sind und in Zürich einen festen Wohnsitz haben. Gemäß der erwähnten Verfassungsbestimmung müssen sie daher für die hier in Frage stehende Steuerforderung in Zürich gesucht werden, insofern sie nicht zur Zeit der Anordnung der Vollstreckung in Wettingen, Kanton Aargau, ein Spezial- oder Geschäftsdomizil gehabt haben, und zwar kann es selbstverständlich keinen Unterschied machen, ob mit der Vollstreckung die definitive oder nur eine provisorische Zahlung erwirkt werden wolle.

3. Ein solches Spezial- oder Quasidomizil für einzelne Rechtsgeschäfte oder einen gewissen Geschäftsbetrieb kann nun durch Vertrag oder Gesetz begründet werden, ohne daß damit nothwendig die Deposition von Heimatschriften verbunden sein müßte. Die Existenz eines Vertrages, wonach die Gebrüder Locher sich verpflichtet hätten, für die in Wettingen übernommenen Eisenbahnbauten daselbst Domizil zu nehmen, ist nun von keiner Seite behauptet worden; ebensowenig ist dargethan, daß eine Bestimmung der aargauischen Gesetzgebung an einen solchen Geschäfts-

betrieb, wie er seitens der Refurrenten während circa 1 1/2 Jahren in Wettingen ausgeübt worden ist, ohne Weiteres die Eingang erwähnte Folge knüpfe, daß derselbe nämlich ein Spezial- oder Quasidomizil des betreffenden Geschäftsinhabers begründe.

4. Allein mag es sich nun in dieser Hinsicht so oder anders verhalten, so muß die Beschwerde im vorliegenden Falle deshalb gutgeheißen werden, weil wenn ein solches Spezialdomizil der Refurrenten wirklich während der Dauer ihrer Eisenbahnbauten in Wettingen begründet gewesen wäre, dasselbe jedenfalls mit der Vollendung dieser Bauten sein Ende erreicht hätte, und nun letztere nach dem Zeugnisse des Oberingenteurs der Nordostbahn Mitte September 1877, also zu der Zeit, da der Vollstreckungsbefehl den Refurrenten zugekommen ist, bereits beendet gewesen sind.

Demnach hat das Bundesgericht  
erkannt:

Die Beschwerde ist begründet und demnach der Vollstreckungsbefehl des Bezirksamtes Baden vom 15. September 1877 sammt allen Folgen als ungültig aufgehoben.

#### 64. Arrêt du 27 septembre 1878 dans la cause Cadé-Monteil.

Par acte du 12 Octobre 1874, Edouard Cadé-Monteil, négociant, a fondé à Fribourg, de concert avec Paul Nicolet, une Société en nom collectif au capital de vingt mille francs et pour la durée de dix ans, à dater du 1<sup>er</sup> Mars 1872.

Le 1<sup>er</sup> Novembre 1874, Cadé-Monteil a adressé une circulaire à un certain nombre de ses correspondants, leur annonçant que la société prémentionnée était en liquidation et que celle-ci était remise aux soins de Paul Nicolet, lequel continuerait le même commerce sous la raison en commandite Nicolet et C<sup>e</sup>.

Sous date du 2 Mars 1875, une publication a eu lieu dans la *Feuille officielle du Canton de Fribourg*, portant que la société en nom collectif Nicolet et Cadé avait cessé d'exister

depuis le 1<sup>er</sup> Novembre 1874, et qu'à partir de cette date, Cadé avait cessé de faire partie de cette société. Cadé a depuis transporté son domicile à Berne.

Par lettre du 26 Novembre 1875, Nicolet déclare au Tribunal de commerce de Fribourg qu'il dépose son bilan.

Dans sa séance du 29 dit, ce Tribunal prononce la faillite de la maison Nicolet et C<sup>e</sup> à Fribourg, représentée par Paul Nicolet, de la Sagne.

Le représentant de Cadé-Monteil, présent à cette séance, fait observer à cette occasion que la faillite demandée par Nicolet est celle de la maison Nicolet et C<sup>e</sup>; que Cadé n'a jamais fait partie de cette prétendue société, laquelle est née après la dissolution de la société Nicolet et Cadé; enfin, qu'il n'existe plus de créancier ayant des droits contre les dits Nicolet et Cadé.

Cadé étant intervenu dans la faillite Nicolet et C<sup>e</sup> pour une somme de 20 000 fr., dont il se prétendait créancier de la masse en liquidation, plusieurs des créanciers de cette masse, réunis alors en assemblée le 25 février 1876, déclarent contester formellement la prétention Cadé et se coaliser pour faire valoir leur opposition par voie juridique.

Par exploit du 28 Avril 1876, les créanciers coalisés concluent en conséquence à libération de la demande d'intervention de Cadé, et, réconventionnellement, à ce que Cadé-Monteil soit déclaré solidairement responsable vis-à-vis des dits créanciers du paiement de leurs prétentions.

Dans la séance du Tribunal de commerce du 26 juin 1876, les créanciers coalisés reprennent les conclusions qui précèdent.

S'expliquant sur ces conclusions, Cadé-Monteil expose que, selon lui, la demande réconventionnelle des créanciers Nicolet doit être traitée avant toutes autres questions, puisque si Cadé est reconnu solidairement responsable des engagements de Nicolet et C<sup>e</sup>, il sera sans intérêt de s'occuper de la question de savoir si Cadé est lui-même créancier de Nicolet et C<sup>e</sup>; Cadé demande à faire le dépôt préalable au Greffe des factures, titres et correspondance établissant la